

## ***Pressemitteilung***

Pößneck, den 24.01.09

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um die Veröffentlichung der folgenden Pressemitteilung.  
Zur Information senden wir Ihnen unseren Aufruf mit.

In Vorbereitung der Kommunal- und Landtagswahlen in Thüringen haben die Bürgerinitiativen aus Zeulenroda, Hirschberg und Pößneck beschlossen, einen Aufruf an alle Bürgerinitiativen und von der Erhebung von Herstellungsbeiträgen für Abwasser und Straßenbau Betroffene in Thüringen, wie Verbände und Vereine von kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen, Gewerbetreibenden, Landwirten, Haus & Grund u.a. zu verschicken, in dem unsere Forderungen zu Abschaffung der Herstellungsbeiträge (Zwangsbeiträge) durch die verantwortlichen politischen Mandatsträger deutlich gemacht werden.

Es wird der Auftakt eines gemeinsamen Thüringer Bündnisses zur Abschaffung der Zwangsbeiträge. Bereits am 12.02.09 wird es das zweite Treffen der drei Bürgerinitiativen in Pößneck geben, zu dem auch der Vorsitzende der Bürgerallianz, Peter Hammen, seine Teilnahme zugesagt hat. Am 14. Februar 2009 werden sich Mandatsträger aller Ostthüringer Bürgerinitiativen in Hermsdorf bei einer Regionalkonferenz über eine Strategie des gemeinsamen Vorgehens verständigen. Anschließend wird die Bürgerallianz Thüringen, der Dachverband Thüringer Bürgerinitiativen, aufgefordert, unsere Initiative zu unterstützen, um flächendeckend die Kräfte zu bündeln. Ziel ist es ein parteiübergreifendes und parteiunabhängiges Bündnis zur Abschaffung der Zwangsbeiträge zu installieren. Zeitnah zu den Wahlen werden wir dann anhand von Wahlprüfsteinen für Hunderttausende betroffene Thüringer eine Wahlempfehlung aussprechen.

Die „Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla e.V.“ (BIRSO) ruft schon heute alle interessierten Verbände, Vereine usw. auf, sich unserem Bündnis anzuschließen.

Wir schlagen vor, das angesagte Konjunkturprogramm II für Investitionen und für die Rückzahlung der Zwangsbeiträge zu verwenden. So erreicht man schnell und wirksam das Ziel und durch die Rückzahlung der Zwangsbeiträge die Gleichbehandlung aller Grundstückseigentümer. Es gilt das Wahljahr 2009 zu nutzen, um nur die Parteien, Bürgerinitiativen oder Wählergemeinschaften zu wählen, die gewillt sind die Gesetzgebung zu ändern und die entsprechenden Satzungen abzuschaffen.

Wolfgang Kleindienst  
Vorsitzender BIRSO

**Aufruf an alle Bürgerinitiativen und von der Erhebung von Herstellungsbeiträgen für Abwasser und Straßenbau Betroffene in Thüringen, wie Verbände und Vereine von kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen, Gewerbetreibenden, Landwirten, Haus & Grund u.a.**

Der Beginn des Jahres 2009 wird von der Sorge um eine wirtschaftliche Rezession in Deutschland beherrscht. Alle Politiker in Bund und den Ländern debattieren über geeignete Maßnahmen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Obwohl die Thüringer Landesregierung die Zuwendungen an die Aufgabenträger zur Abwasserbeseitigung radikal kürzte – was zwangsläufig zu einer höheren Abgabenbelastung führen muss – fragt dieselbe Regierung derzeit nach Vorschlägen für Investitionen in der kommunalen Infrastruktur. Erstaunlich – aber die Finanzkrise macht’s möglich.

Die BIRSO wird jetzt gemeinsam mit den meisten Bürgerinitiativen Thüringens die Gelegenheit nutzen, um im Wahljahr 2009 den Bewerbern für Mandate in den Gemeinde-/ Stadträten und Kreistagen klar zu machen, dass die Lösung kommunaler Grundversorgungsprobleme wie Straßenbau und Abwasserentsorgung keine Aufgabe der Grundstückseigentümer, sondern ein zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehörendes gesamtgesellschaftliches Anliegen ist, welches mit Steuern sowie den jetzt zwecks Belebung der Konjunktur zur Verfügung gestellten Mitteln zu finanzieren ist.

Wir fordern von den Politikern, dass auch der kommunale Straßenbau und der Bau von Abwasserkanälen in den aus Steuermitteln finanzierten Milliardenprogrammen enthalten sind. Die Abschaffung der Zwangsbeiträge für Abwasserkanäle und Straßenbau brächte für Thüringen einen beträchtlichen Motivationsschub zur Verbesserung der regionalen Standortbedingungen. Die Kommunen könnten Baumaßnahmen nach Erfordernis planen, ohne dass der Bürgermeister Angst um die Finanzierungsmöglichkeiten der Grundstückseigentümer haben muss. Diese wiederum könnten ihre spärlichen Rücklagen für bauliche und energietechnische Verbesserungsmaßnahmen an den Häusern verwenden. Das gäbe zusätzliche Aufträge für Thüringens Bauwirtschaft sowie Steuereinnahmen für das Land.

**Wir werden von den Bewerbern für kommunale und Landtagsmandate vor der Wahl Antworten verlangen, wie sie hier eine Wende zum Wohle Thüringens herbeiführen wollen. Dafür erarbeiten wir sog. „Wahlprüfsteine“ .**

Demonstrationen wie die vor dem Thüringer Landtag am 07.05.09 sollen unsere Forderungen unterstreichen. Wir rufen die Bürgerinitiativen und oben genannte Verbände in Thüringen auf, sich in den jeweiligen Wahlkreisen zu verbünden und von allen Bewerbern für ein Landtagsmandat in öffentlichen Gesprächen die Abschaffung der Zwangsbeiträge als bestes Konjunkturprogramm für Thüringen zu fordern. Als Mitglieder des Landtages sollten sie von uns nur dann gewählt werden, wenn sie zu ihrem künftigen Handeln eine klare Aussage machen, u. a. zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes oder als Mindestforderung nach dem Beispiel des Freistaates Sachsen die Änderung des § 54 Abs. 2 ThürKO (Einnahmehbeschaffungsgrundsatz) von einer Soll- in eine Kann-Bestimmung. Ein entsprechender Wählerauftrag sollte, wenn nicht schon jetzt, so doch vom künftigen Landtag erfüllt werden. Die bisher gezahlten Zwangsbeiträge sind von den betreffenden Zweckverbänden und Gemeinden zurückzuzahlen, wodurch die Kaufkraft gestärkt, Arbeitsplätze gesichert, die Gleichbehandlung aller Grundstückseigentümer hergestellt und nicht zuletzt die kommunale Selbstverwaltung gestärkt würde.

Wolfgang Kleindienst  
Vorsitzender BIRSO